

## **SO-01NEU Solidarisch und innovativ aus der Krise - Grün in die Zukunft!**

Gremium: Landesparteirat  
Beschlussdatum: 13.11.2022  
Tagesordnungspunkt: 4. Solidarisch und innovativ aus der Krise -  
Grün in die Zukunft!

### **Antragstext**

#### **I. Solidarisch und innovativ aus der Krise - Grün in die Zukunft!**

Wir erleben gerade eine Gleichzeitigkeit von globalen Krisen, die die Politik vor immer neue Herausforderungen stellt und die Ungleichheit, mit der die Menschen mit den Krisen konfrontiert werden, deutlich macht. Die Corona-Pandemie ist zu einem stetigen Begleiter geworden, der unser Gesundheitssystem an seine Belastungsgrenzen bringt. Die Klimakrise zeigt sich immer öfter in ihren extremen Auswüchsen: Dürre, Waldbrände und Überschwemmungen. Das Artensterben ist die parallel stattfindende zweite große Krise, die die Existenzbedingungen der Menschen auf dem Planeten in Frage stellt. Der fortschreitende Klimawandel zerstört Lebensgrundlagen für Menschen und Tiere und bestimmt das Leben allerer, die von ihm betroffen sind. Die Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit vielen Toten und die Dürre des vergangenen Sommers haben uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass die dramatischen Konsequenzen des Klimawandels nicht nur in weit entfernten Regionen wie jüngst in Pakistan geschehen, wo Millionen von Menschen ihre Häuser, Existenzgrundlagen und ihr Leben ließen.

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein historischer Einschnitt für unsere Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa und der Welt. Neben den grausamen Folgen für die Menschen in der Ukraine führt uns dieser Krieg unsere enorme Abhängigkeit von fossilen Energieträgern vor Augen und versetzt uns in eine Zeit der fossilen Inflation. Wir erleben in Deutschland und Europa Energieknappheit, steigende Lebenshaltungskosten und zurückgehende Kauf- und Investitionskraft sowie eine sich deutlich abzeichnende Rezession. Russlands Angriffskrieg und die Strategie, Energie als Waffe einzusetzen, sind der Auslöser für die Energiekrise. Putin nutzt dabei die jahrzehntelang fehlgeleitete Energiepolitik der Vorgängerregierungen aus, die sich immer weiter in die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas gebracht und dabei den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien versäumt haben. Diese bittere Realität ist aber auch der Ausgangspunkt, an dem wir Verantwortung

30 übernehmen, um die unmittelbaren Auswirkungen für die Gesellschaft und die  
31 Wirtschaft in NRW zu bewältigen. Das gelingt uns nur mit massiven Investitionen  
32 in die Zukunft und gezielten Entlastungen in der Gegenwart. Diese wollen wir  
33 unter Anwendung des regulären Haushaltsrechts, sowie, wenn nötig, unter  
34 Inanspruchnahme der Ausnahmeregelungen der Schuldenbremse bewerkstelligen. Die  
35 multiplen Krisen fordern uns heraus: Wir müssen jetzt schnell und pragmatisch  
36 handeln und dürfen zugleich unsere langfristigen Ziele nicht aus den Augen  
37 verlieren.

38  
39 Wir GRÜNE NRW begrüßen den Drei-Säulen-Plan der Schwarz-Grünen Landesregierung,  
40 der mit finanziellen Mitteln in Höhe von 3,5 Milliarden Euro hinterlegt ist.  
41 Dieses Entlastungspaket kümmert sich um das Heute und nimmt dabei das Morgen in  
42 den Blick. Erstens: Mit einer umfassenden Krisenhilfe sollen Familien, Kinder,  
43 Wirtschaft, Kultur, und Sport entlastet werden. Klar ist: Dieses Land steht  
44 solidarisch zusammen. Um zweitens den aktuellen Herausforderungen in der Krise  
45 angemessen zu begegnen, soll die Krisen-Resilienz gestärkt werden. Und drittens  
46 soll eine vorausschauende Krisenvorsorge auf die Zukunft vorbereiten. Damit das  
47 gelingt, braucht es ein sicheres Fundament für die Energieversorgung des Landes.

48  
49 Damit mobilisiert NRW insgesamt 14,4 Milliarden Euro in die Entlastung von  
50 Bürger\*innen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

### 51 **Vorrang für Erneuerbare Energien**

52 Nur mit einem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien können wir zum  
53 einen unsere Importabhängigkeit fossiler, insbesondere russischer Energieträger  
54 überwinden und zum anderen die wichtigen Schritte gehen, um der Klimakrise und  
55 ihren Folgen zu begegnen und den 1,5 Grad-Pfad einzuhalten.

56 Mit dem Koalitionsvertrag haben wir uns zum Ziel gesetzt, NRW zur ersten  
57 klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen. Je stärker wir auf die  
58 Erneuerbaren Energien setzen, desto unabhängiger sind wir von fossilen  
59 Energieträgern, desto freier werden wir von autoritären Regimen und desto eher  
60 hinterlassen wir eine lebensfähige Erde für kommende Generationen. Die  
61 Erneuerbaren Energien sind auch unsere Antwort auf die ungleiche  
62 Lastenverteilung der Auswirkungen der Klimakrise in diesem Land, denn sie  
63 stellen eine bezahlbare Energieversorgung sicher. Neben dem schnellstmöglichen  
64 Ausbau der Erneuerbaren Energien, müssen wir für einen geringeren  
65 Energieverbrauch sorgen und in mehr Energieeffizienz investieren. Energie muss  
66 dauerhaft für alle Privathaushalte, Unternehmen, öffentliche und soziale  
67 Einrichtungen sowie Schulen und Orte der Kinderbetreuung, Vereine und  
68 zivilgesellschaftliche Organisationen bezahlbar bleiben. Wir haben in den  
69 letzten Jahrzehnten billige fossile Energien aus autoritären Staaten auf Kosten  
70 von Klima und Menschenrechten bezogen. Auch deshalb ist der Ausbau der  
71 Erneuerbaren Energien entscheidend. Klar ist aber auch: Erneuerbare Energie  
72 heißt nicht unendliche Energie. Wir müssen schonender, sparsamer und achtsamer

73 mit Energie umgehen.

74 In NRW sind wir Grüne in den ersten vier Monaten unserer Regierungszeit wichtige  
75 Schritte für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gegangen. In der  
76 Landesregierung haben wir mehr Flächen für die Solarenergie geöffnet und dabei  
77 die Länderöffnungsklausel im Erneuerbare-Energien-Gesetz genutzt. Mit den  
78 Eckpunkten für einen neuen Landesentwicklungsplan (LEP) wird der Weg frei  
79 gemacht, die 1500-Meter-Abstandsregel der Vorgängerregierung aufzuheben, das  
80 Wind-an-Land-Gesetz umzusetzen und die Erzeugung von Windenergie auf geeigneten  
81 Wald- und Gewerbeflächen zu erleichtern. Zudem unterstützen wir die Kommunen  
82 dabei, die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern und stellen ihnen 50  
83 Millionen Euro für den Klimaschutz bereit. 40 Millionen Euro können die Kommunen  
84 mit einem einfachen Verfahren als direkte Zuschüsse für Klimaschutzinvestitionen  
85 beantragen. denn Klimaschutz wird vor Ort gemacht! Und genau hier leisten wir  
86 Hilfe.

87 All diese Maßnahmen dienen dem Ziel, der Energiegewinnung aus Sonne und Wind  
88 mehr Raum zu geben. Die bisher ergriffenen Maßnahmen beschleunigen den Ausbau  
89 der Windkraft für die Zukunft. Für 2022 und 2023 – und somit entscheidend für  
90 die kommenden Winter – leidet der Zubau noch an den Versäumnissen der  
91 Vorgängerregierung. Wir unterstützen die Wirtschaftsministerin darin, den Ausbau  
92 der Windenergie in NRW kurzfristig anzukurbeln, um die Energiepreise zu dämpfen  
93 und klimaschädliche Kohlekraft zu ersetzen. Derzeit liegen Anträge zur  
94 Errichtung von hunderten von Windenergieanlagen in den Genehmigungsbehörden. Wir  
95 fordern Bund, Land und Kommunen auf, diese Anlagen angesichts des russischen  
96 Energiekriegs gegen Europa in Schnellverfahren innerhalb der nächsten sechs  
97 Monate zu genehmigen. Wir begrüßen daher die Einrichtung der "Taskforce  
98 Ausbaubeschleunigung Windenergie NRW" durch das Wirtschaftsministerium. Zudem  
99 müssen die Genehmigungsbehörden vor Ort massiv unterstützt werden, denn die  
100 Energiewende wird auch vor Ort gemacht. Wir bekräftigen unsere Position, den  
101 bestehenden pauschalen Mindestabstand von 1000m für Windenergieanlagenanlagen  
102 zur Wohnbebauung abzuschaffen.

103  
104 Für uns Grüne bleibt klar: Atomkraft ist keine Lösung und am Atomausstieg halten  
105 wir fest. Die Atomenergie ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie, auch, weil  
106 für die Entsorgung des hochradioaktiven Abfalls keine Lösung in Sicht ist.  
107 Deshalb setzen wir uns für einen vollständigen Atomausstieg ein. Die  
108 Erneuerbaren Energien sind die Zukunft – für die Bürger\*innen, den Klima- und  
109 Umweltschutz und den Industriestandort NRW.

110 Als Grüne denken wir Klima- und Naturschutz zusammen. Intakte Ökosysteme sind  
111 wichtig für den Klimaschutz, weil sie als natürliche Senken CO2 einspeichern  
112 können. Werden sie zerstört, stoßen sie jedoch Treibhausgase aus. Etwa 7% (über  
113 50 Mio. Tonnen) der bundesweiten CO2-Emissionen stammen allein aus beschädigten  
114 Moorböden. Deshalb werden wir in Nordrhein-Westfalen die Potenziale für den  
115 natürlichen Klimaschutz nutzen, indem wir Moore, Auen, Wälder, Grünland und

116 Stadtgrün schützen und wiederherstellen. Neben dem Klima bringen wir damit auch  
117 Artenschutz und Klimaanpassung voran.

118 Im Bund haben wir zu Beginn des Jahres mit dem Nachtragshaushalt 2021 60  
119 Milliarden Euro zusätzlich dem Klima- und Transformationsfonds des Bundes zur  
120 Verfügung gestellt, um mittels gezielter und nachhaltig wirkender Investitionen  
121 die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu dämpfen und unsere Wirtschaft  
122 gleichzeitig klar in Richtung Klimaneutralität aufzustellen. Schon jetzt sind  
123 damit bis 2026 Ausgaben in Höhe von etwa 200 Milliarden Euro geplant. Doch auch  
124 in den nächsten Jahren bleibt die Finanzierung von Klimaschutz eine Priorität.  
125 Deshalb setzen wir uns dafür ein, zusätzlich 100 Milliarden Euro für  
126 Investitionen in eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise zur Verfügung zu  
127 stellen.

128 Um diesem Ziel näher zu kommen, setzten wir BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN NRW uns für  
129 folgende Maßnahmen ein:

- 130 • Der Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingt am schnellsten durch  
131 Verfahrensbeschleunigung, Digitalisierung, eine stärkere Bündelung auf  
132 Landes- und Regionalplanebene sowie Personalaufstockung in den  
133 Regionalplanungsbehörden. Dabei versöhnen wir vermeintliche Gegensätze  
134 zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren und dem Umwelt- und  
135 Biodiversitätsschutz.
- 136 • Wir wollen das Klimaschutzgesetz als zentrales Instrument der  
137 Klimaschutzpolitik in NRW wirksamer machen.
- 138 • Wir setzen uns weiter dafür ein, substanzielle finanzielle Mittel für den  
139 kommunalen Klimaschutz und in die Klimafolgenanpassung als Teil der  
140 kommunalen Daseinsvorsorge zu investieren.
- 141 • Die kommunale Wärmeplanung ist ein wichtiger Schritt hin zur  
142 klimaneutralen Wärmeversorgung. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen  
143 für eine verpflichtende kommunale Wärmeplanung schaffen. Zur Unterstützung  
144 der Kommunen werden wir ein „Kompetenzzentrum Wärmewende“ auf Landesebene  
145 gründen.
- 146 • Wir setzen uns im Rahmen einer Wärmepumpenoffensive dafür ein,  
147 Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen stärker bei der Nutzung zu  
148 unterstützen. Dabei spielt Geothermie eine wichtige Rolle in der  
149 Erneuerbaren-Wärmewende.
- 150 • 1000 zusätzliche Windenergieanlagen in den nächsten fünf Jahren sind unser  
151 Ziel. Eine Task Force „Ausbaubeschleunigung“ wird zeitnah die Planungs-

152 und Genehmigungsverfahren standardisieren, vereinfachen, verkürzen und  
153 verpflichtend digitalisieren.

- 154 • Wir setzen uns dafür ein, die Akzeptanz für Windenergieanlagen zu  
155 steigern. Hierzu wollen wir in einem Bürgerenergiegesetz regeln, wie wir  
156 Anwohner\*innen noch stärker an Gewinnen aus den Windenergieanlagen  
157 beteiligen können.
  
- 158 • Wir werden Bürgerwindparks stärker durch fachliche Ansprechpartner\*innen  
159 bei der Landesgesellschaft für Klima und Energie unterstützen und  
160 Musterrahmenverträge ausarbeiten.
  
- 161 • Wir setzen uns für eine landeseigene Strategie für den Ausbau von  
162 Energiespeichern mit den richtigen Anreizen ein.
  
- 163 • Viele Unternehmen und Initiativen in NRW arbeiten bereits daran, eine  
164 echte Kreislaufwirtschaft in NRW zu etablieren. Wir wollen diese  
165 Strukturen stärken und erweitern und wichtige Impulse in der nachhaltigen  
166 Wirtschaftsentwicklung, bei der Entstehung neuer Arbeitsplätze und bei der  
167 Erreichung der Klimaziele setzen.
  
- 168 • Für uns ist und bleibt klar: Wir schließen Fracking in NRW aus. So ist es  
169 auch im Koalitionsvertrag für NRW vereinbart. Denn Fracking schadet dem  
170 Klima, den Menschen, dem Trinkwasser und der Natur.
  
- 171 • Wir stärken den natürlichen Klimaschutz, indem wir natürliche CO<sub>2</sub>-Senken  
172 wie Moore, Auen und Wälder schützen und beschädigte Ökosysteme  
173 wiederherstellen. Dadurch leisten wir auch einen Beitrag zum Artenschutz  
174 und zur Klimaanpassung.

## 175 **Fossile Energien ersetzen, Erneuerbare Energien ausbauen**

176 Mit dem um acht Jahre vorgezogenen Kohleausstieg 2030 in NRW konnte eine  
177 wegweisende Verständigung zwischen Bund, Land und RWE getroffen werden. Der  
178 Kohleausstieg 2030 ist ein starkes Signal der Entschlossenheit und gemeinsam mit  
179 dem Ausbau der Erneuerbaren Energien ein wesentlicher Bestandteil in unserem  
180 Kampf gegen die Klimakrise. Die Verständigung zwischen Bund, Land und RWE  
181 schafft zudem die lang ersehnte Klarheit für die Menschen in den Dörfern und auf  
182 den Höfen, die dort weiter wohnen und arbeiten können. Die vom Kohleausstieg  
183 betroffenen Beschäftigten, sowie alle Menschen, die einen Verlust ihres  
184 Arbeitsplatzes aufgrund der notwendigen Transformation haben, können auf unsere  
185 Unterstützung zählen: Niemand soll ins Bergfreie fallen. Wir lassen niemanden  
186 alleine und arbeiten daran, dass z.B. Beschäftigte der fossilen Industrien,

187 neuen, attraktiven und qualifizierten Jobs mit ähnlichen Arbeitsbedingungen  
188 nachgehen können. Der Kohleausstieg 2030 ist ein Erfolg und ein wichtiger  
189 Meilenstein auf dem Weg zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas. Für  
190 die kurzfristige Versorgungssicherheit in der aktuellen Energiekrise werden zwei  
191 Blöcke des Kraftwerks Neurath erst im Frühjahr 2024 stillgelegt. Die dadurch  
192 entstehenden zusätzlichen Emissionen bis 2024 erfordern es, dass wir unsere  
193 Anstrengungen für mehr Klimaschutz noch weiter verstärken und die zusätzlichen  
194 Emissionen ausgleichen. Als Partei tragen wir diese pragmatische Entscheidung  
195 zugunsten einer sicheren Energieversorgung im Heute mit, ohne unsere Visionen  
196 von Morgen zu vergessen. Der Fortschritt des nun vorgezogenen und  
197 festgeschriebenen Kohleausstiegs 2030 im Rheinland wäre ohne die Klimabewegung  
198 nicht möglich gewesen. Aus rechtlichen, geo-statischen sowie  
199 energiewirtschaftlichen Gründen ist es nicht möglich, die Siedlung Lützerath zu  
200 erhalten. Bitter ist, dass der Ausbau der Erneuerbaren nicht vorangetrieben und  
201 der Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier nicht bereits in der letzten  
202 Legislatur geklärt wurde, um noch rechtzeitig die Voraussetzungen dafür zu  
203 schaffen, dass auch Lützerath erhalten bleiben kann. Wir sind uns darüber  
204 bewusst, dass diese Notwendigkeit für manche enttäuschend und schwer erträglich  
205 ist. Unsere Antwort darauf bleibt ein engagiertes Arbeiten gegen die Klimakrise  
206 auf allen politischen Ebenen und in allen Sektoren; besonders in den Bereichen  
207 der Energie-, Umwelt-, Verkehrspolitik und unserer Art von Bauen und Konsum. In  
208 den Zielen stehen wir weiterhin an der Seite der vielfältigen  
209 zivilgesellschaftlichen Klimabewegung.

## 210 **Industriestandort NRW bewahren: Unternehmen unterstützen, Innovationen fördern**

211 Eine zügige klimaneutrale Transformation ist für uns als Industriestandort eine  
212 besondere Herausforderung, aber auch essenziell, um die Wettbewerbsfähigkeit der  
213 deutschen Wirtschaft auch in Zukunft zu gewährleisten, Wertschöpfungsketten  
214 stabil und Arbeitsplätze der Zukunft im Land zu halten. Wir denken Klimaschutz  
215 und Wirtschaftspolitik zusammen, um die notwendigen Veränderungen anzugehen und  
216 nachhaltigen und sozialen Wohlstand zu schaffen und wollen besonders in der  
217 Krise die Investitionen in Zukunftstechnologien mobilisieren. Der Industrie muss  
218 mit zielführenden Förderprogrammen bei der Dekarbonisierung geholfen werden.  
219 Dafür stellt der Bund unter Federführung des grünen Wirtschafts- und  
220 Klimaschutzministeriums in den nächsten Jahren einen zweistelligen  
221 Milliardenbetrag aus dem Klima- und Transformationsfonds des Bundes zur  
222 Verfügung, mit dem sowohl Investitionen in klimaneutrale Produktionsanlagen  
223 unterstützt als auch die vorübergehend erhöhten Betriebskosten mittels  
224 Klimaschutzverträgen bezuschusst werden. Die Landesregierung fördert daher –  
225 gemeinsam mit dem Bund – die Errichtung der deutschlandweit ersten und größten  
226 wasserstoffbetriebenen Direktreduktionsanlage in Duisburg, die Hochöfen ersetzen  
227 und damit schon bis 2030 ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen wird. Damit  
228 unternehmen wir in NRW einen weiteren großen Schritt in Richtung klimaneutraler  
229 Stahlproduktion. Wasserstoff kommt beim Umstieg auf eine klimaneutrale  
230 Produktion eine zentrale Rolle zu. Nicht nur, aber insbesondere in der

231 industriellen Kernregion unseres Landes an Rhein und Ruhr entsteht schon jetzt  
232 eine neue Wasserstoffwirtschaft, deren Aufbau wir aktiv unterstützen. Neben  
233 Förderung für Forschung und Entwicklung und den Ausbau von  
234 Elektrolysekapazitäten wird es in den kommenden Jahren auch darum gehen, die  
235 regulatorischen Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf – etwa in Bezug  
236 auf die Übertragungsnetze – so zu setzen, dass wir die Potenziale regionaler  
237 Wasserstoffproduktion konsequent heben. Dafür setzen wir uns auf Landes-,  
238 Bundes- und europäischer Ebene ein.

239 NRW ist von Industrie geprägt worden, sowie von starken Gewerkschaften. Sie sind  
240 unverzichtbare Partnerinnen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen und  
241 Verteidigerinnen gegen Rechts. Auch bei der Aufgabe der Transformation sind die  
242 Gewerkschaften unverzichtbar und Partnerinnen. Diese Transformation ist keine  
243 einmalige Handlung, sondern wird eine kontinuierliche Aufgabe. Dafür braucht es  
244 den inhaltlichen Dreiklang zwischen Investition, Innovation und Qualifizierung  
245 in einem Schulterschluss zwischen Politik, Gewerkschaften und Unternehmen.

246 Nach mehr als zwei Jahren Pandemie versetzen die massiv gestiegenen  
247 Energiepreise insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie  
248 Solo-Selbständige in finanzielle Nöte. Die finanziellen Rücklagen waren bei  
249 einigen schon durch die Maßnahmen in der Corona-Pandemie aufgebraucht – die  
250 aktuell steigenden Kosten sind dort nur schwer zu tragen. Bei vielen fehlen  
251 somit auch die Mittel für die Umrüstung in einen effizienteren Energieverbrauch  
252 oder den Umbau in die klimaneutrale Transformation ihrer Betriebe. Gerade diese  
253 kleinen und mittelständischen Unternehmen wollen wir in diesen schwierigen  
254 Zeiten nicht zusätzlich belasten, sondern sie als Wirtschaftskraft und  
255 Arbeitgeber\*innen unseres Landes bei der Transformation unterstützen. Für  
256 Klimaschutzmaßnahmen des Mittelstandes braucht es auf Landesebene finanzielle  
257 Mittel, aber auch die Förderprogramme des Bundes müssen den neuen Realitäten  
258 angepasst werden. Darin unterstützen wir unsere grünen Vertreter\*innen in  
259 Regierung und Parlamenten.

260 Klare Rahmenbedingungen und vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren für  
261 transformative Investitionen schaffen Planungssicherheit für Unternehmen und  
262 beschleunigen deren Umsetzung. Als konkrete Schritte zur Dämpfung der  
263 wirtschaftlichen Folgen und zur Ankurbelung der Konjunktur setzen wir nicht auf  
264 Maßnahmen der Vergangenheit, sondern auf die Förderung von Innovation und auf  
265 gezielte Hilfe.

266 In diesem Sinne setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- 267 • Insbesondere mittelständische Unternehmen wollen wir bei Investitionen in  
268 klimaneutrale Produktionsprozesse unterstützen.
  
- 269 • NRW soll Vorreiter der industriellen Transformation werden. Hierzu setzen

270 wir uns dafür ein, einen Industriepakt für Klimaneutralität und  
271 Wettbewerbsfähigkeit aufzusetzen.

- 272 • Grüner Wasserstoff ist unverzichtbar für das Erreichen der  
273 Klimaschutzziele. Wir machen uns dafür stark, alle Betriebe gezielt dabei  
274 zu unterstützen, auf grünen Wasserstoff umzurüsten und umzubauen.
  
- 275 • Bestehende Innovations-Hubs bauen wir zu regionalen Netzwerken aus und  
276 setzen dabei unterschiedliche Schwerpunkte, wie beispielsweise nachhaltige  
277 Innovationen.
  
- 278 • Wir setzen einen eigenen Innovationsfonds auf, mit dem wir an die  
279 themenoffene Forschungsstrategie anknüpfen wollen, um Innovationen zur  
280 Anwendung zu bringen.
  
- 281 • Wir setzen uns dafür ein, dass Klimaschutz bei der Investitionsförderung  
282 über das Altenpflegegesetz Nordrhein-Westfalen oder das  
283 Kinderbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen stärker berücksichtigt und  
284 gefördert wird.
  
- 285 • Soziale Einrichtungen werden bei Förderprogrammen zum Klimaschutz zu  
286 häufig als Antragsberechtigte ausgeschlossen. Wir setzen uns daher für  
287 eine gleichberechtigte Antragsberechtigung von sozialen Einrichtungen auf  
288 Bundesebene ein.

## 289 **II. Solidarität als Antwort! Soziale Politik in Zeiten von Umbruch und Wandel**

290 Die gegenwärtigen Krisen betreffen heutige und zukünftige Generationen dieses  
291 Landes. Sie verschärfen die soziale Ungleichheit, denn die Folgen dieser Krisen  
292 sind ungleich verteilt. Alle Bürger\*innen merken die rasanten Preissteigerungen  
293 an der Supermarktkasse, der Zapfsäule oder bei den Verbrauchsabrechnungen der  
294 Energieversorger. Aber während die Preissprünge für ein paar Wenige ein Ärgernis  
295 sind, führen sie bei vielen zu spürbaren finanziellen Belastungen bis hin zu  
296 existenziellen Bedrohungen. So droht sich die soziale Ungleichheit und  
297 Verunsicherung der Gesellschaft weiter zu verschärfen. Soziale Sicherheit ist  
298 ein wesentlicher Teil unserer Demokratie und stärkt die gesellschaftliche  
299 Teilhabe. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu sozialen Protesten als  
300 demokratischem Mittel und arbeiten mit Gewerkschaften als unsere Partner\*innen  
301 zusammen; sie bilden einen Organisations- und Resonanzraum für politische  
302 Partizipation, machen auf Missstände aufmerksam und fördern den  
303 gesellschaftlichen Diskurs. All das ist in Zeiten von Krisen wichtiger denn je.  
304 Wir erleben aber leider auch, dass die Proteste und Unsicherheiten der Menschen  
305 von anderer Seite für Hass und Hetze instrumentalisiert werden. Das lassen wir  
306 nicht zu und solidarisieren uns mit allen, die unsere Unterstützung brauchen.  
307



308 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt immer und ganz besonders in Krisenzeiten: Kein  
Fußbreit den Faschisten.

309 **Wohlstand bewahren - Entlastungen gerecht verteilen**

310 Besonders diejenigen, die bereits vor der Inflation kaum über die Runden  
311 gekommen sind, sind jetzt besonders hart getroffen. Durch die gestiegenen Kosten  
312 für Grundnahrungsmittel und das tägliche Leben, sparen Menschen an allen  
313 möglichen Stellen ein. Ein warmes Zuhause oder eine warme Winterjacke für die  
314 Kinder dürfen nicht zum Luxus werden. Bereits jetzt weiß ein Großteil der  
315 Bevölkerung nicht, wie er die Nebenkostenabrechnung im nächsten Jahr bezahlen  
316 soll. Finanzielle Rücklagen, auf die in schwierigen Zeiten zurückgegriffen  
317 werden kann, fehlen bei ca. 40 Prozent der Bevölkerung. Viele Menschen sorgen  
318 sich um ihren Wohlstand. Für andere in diesem Land klingt das Versprechen des  
319 sozialen Aufstiegs und der Wohlstandsbewahrung – mehr denn je – wie Hohn. Auf  
320 die Sorgen vor Abstieg und Armut sowie der zunehmenden Hoffnungslosigkeit liegt  
321 es in unserer Verantwortung, Antworten zu finden und Entscheidungen zu treffen.  
322 Dazu brauchen wir entschlossene politische Entscheidungen und gleichzeitig ein  
323 gesellschaftliches Bündnis, in dem Staat, gesellschaftliche Netzwerke, die  
324 Wirtschaft und Institutionen sowie Gewerkschaften gemeinsam wirken. Diese Krisen  
325 werden wir nur solidarisch bewältigen.

326 Wir lassen die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht allein. Um sie zu  
327 unterstützen, braucht es kurzfristige Entlastungen und konkrete langfristige  
328 Maßnahmen, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft wirken. Wir brauchen  
329 zielgerichtete Instrumente für die, die am härtesten von den Krisen getroffen  
330 werden. Dazu gehört, dass wir Belastungen gerechter verteilen.

331 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW setzen sich daher für folgende Maßnahmen ein:

- 332 • Wir unterstützen Grüne auf Bundesebene darin, die Preise durch eine  
333 Gaspreisbremse – zumindest für einen Teil des Verbrauchs – auf ein Niveau  
334 zu bringen, das die Bürger\*innen ebenso wie die Unternehmen und Kommunen  
335 im Land vor Überforderung schützt.
- 336 • Mit dem Abschöpfen von Übergewinnen gehen wir auf Bundesebene einen ersten  
337 wichtigen Schritt, um eine Strompreisbremse zu finanzieren, mit der den  
338 Grundverbrauch an Strom für die Menschen bezahlbar bleibt. Zusätzlich  
339 werden Mittel aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds genutzt.
- 340 • Wir setzen uns dafür ein, dass niemand im Dunkeln sitzen oder frieren  
341 muss. Strom- und Gassperren gilt es mit allen Mitteln zu verhindern. Wir  
342 überprüfen sehr zeitnah, ob die im letzten Entlastungspaket hierfür  
343 vorgesehenen Instrumente, wie z. B. die Abwendungsvereinbarungen, dieses  
344

345 Ziel erreichen oder ein zeitlich befristetes Moratorium für Strom- und  
346 Gassperren notwendig ist.

346 • Wir begrüßen in diesem Zusammenhang den Rettungsschirm des Landes für die  
347 kommunalen Energieversorger in Höhe von 5 Milliarden Euro. Das sichert die  
348 Energieversorgung für die Bürger\*innen im Land.

349 • Solange es die Preise weiterhin notwendig machen, setzen wir uns im Bund  
350 für weitere Sofortentlastungen wie sozial gestaffelte Direktzahlungen ein,  
351 die bei den Menschen ankommen und nicht mit anderen Sozialleistungen  
352 verrechnet oder gepfändet werden.

353 • Wir unterstützen auf Landesebene die schnelle Umsetzung eines sozial  
354 gerechten Klimageldes, das mit den Koalitionspartnern auf Bundesebene  
355 vereinbart wurde. Dazu muss das Bundesfinanzministerium zügig die  
356 Möglichkeit schaffen, direkte Auszahlungen über die Verknüpfung der  
357 individuellen Steuer-ID mit der IBAN vorzunehmen.

358 • Wir setzen uns auf Bundesebene für weitere Entlastungsmaßnahmen, wie eine  
359 kurzfristige Erhöhung des BAföG-Regelsatzes und der  
360 Mindestausbildungsvergütung, ein.

361 • Die im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung vorgesehene steuerliche  
362 Gutschrift für Alleinerziehende muss schnell auf den Weg gebracht werden,  
363 um Alleinerziehende, die am meisten von Armut betroffen sind, spürbar zu  
364 entlasten.

365 • Wir haben uns für ein 9-Euro-Nachfolgeticket stark gemacht und setzen uns  
366 dafür ein, eine Ticketalternative unterhalb der in der  
367 Verkehrsministerkonferenz beschlossenen 49 Euro für Menschen mit  
368 geringeren Einkommen zu entwickeln.

369 • Kulturschaffende und die Kultur brauchen unsere Unterstützung,  
370 beispielsweise bei der Hilfe der Bezahlung der gestiegenen Heizkosten.

### 371 **Soziale Sicherheit in der Krise schaffen – und darüber hinaus**

372 Unsere größte Aufgabe ist es in Zeiten von Umbruch und Wandel für eine  
373 klimaneutrale Zukunft zu sorgen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu  
374 sichern. Das gelingt uns nur, indem wir Solidarität mit denjenigen zeigen, die  
375 wenig haben und alle kontinuierlich ihren Beitrag leisten. Denn Solidarität ist  
376 keine einmalige Handlung, sondern eine Haltung, aus der konkrete politische  
377 Maßnahmen folgen.

378 Die drei Entlastungspakete, die unter grüner Regierungsbeteiligung im Bund  
379 verabschiedet wurden, leisten einen wichtigen Beitrag, um die Bürger\*innen in  
380 ihren individuellen Lebenssituationen und vor allem die, die wenig haben, für  
381 den kommenden Herbst, Winter und die Zeit danach zu entlasten. Es ist gut, dass  
382 der Bund über die Aufnahme von bis zu 200 Milliarden Euro neuer Kredite für den  
383 Wirtschaftsstabilisierungsfonds schon jetzt die finanziellen Grundlagen für die  
384 Abfederung der Energiekrise bis Mitte 2024 gelegt hat. Denn eine Krise ist keine  
385 Zeit für Geiz und kurze Sprünge. Das dritte beschlossene Entlastungspaket und  
386 der Abwehrschirm enthalten zur sozialen Abfederung viele wichtige Maßnahmen:  
387 eine Gas- und Strompreisbremse, ein Härtefallfonds für Unternehmen und soziale  
388 Einrichtungen, eine Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket, eine Wohngeldreform  
389 mit einem erweiterten Kreis der Berechtigten, eine Erhöhung von Kindergeld und  
390 Kinderzuschlag und das neue Bürgergeld, das ab Januar 2023 eine existenz- und  
391 teilhabesichernde Grundsicherung schafft. Als Grüne setzen wir uns dafür ein,  
392 dass zukünftige Entlastungsmaßnahmen noch stärker zielgerichtet diejenigen  
393 erreichen, die besonders bedürftig sind. Steuerliche Entlastungen höherer  
394 Einkommen sind ein falsches politisches Signal. Gerade in Krisenzeiten gilt für  
395 uns umso mehr, dass diejenigen, die viel haben, sich auch stärker an einer  
396 gerechten Verteilung der Kosten beteiligen müssen.

397 Als Grüne tragen wir in Bund und Land Regierungsverantwortung. Wir nehmen diese  
398 Verantwortung an und werden auch in den kommenden Monaten bestehende Lücken  
399 schließen, um die Menschen zu entlasten und unser soziales Sicherungsnetz zu  
400 stärken. Unser Kompass: Dabei muss unsere Unterstützung auf diejenigen abzielen,  
401 die es am meisten brauchen – Familien, Alleinerziehende, Rentner\*innen,  
402 Studierende, Auszubildende und Menschen, die von Armut betroffen sind.

403 Dabei sind Länder und Kommunen in besonderer Weise für die soziale Infrastruktur  
404 verantwortlich. Gerade in Krisenzeiten müssen die Menschen sich auf eine starke  
405 soziale Infrastruktur verlassen können. Kinder und Familien hatten auch in den  
406 letzten Jahren der Pandemie große Herausforderungen zu stemmen. Zugleich trat  
407 noch sehr viel deutlicher zutage, was viel zu lange nicht im Fokus der Politik  
408 war. Frühkindliche Bildung ist ein zentraler Baustein gelingender  
409 Bildungsbiografien, aber auch der Unterstützung von Familien bei der  
410 Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie vielen weiteren Alltagsfragen.

411 Als Landespartei setzten wir uns dabei für folgende Maßnahmen ein:

- 412 • Die Kinderbetreuung steht vor großen Herausforderungen: der noch immer  
413 anhaltenden Corona-Pandemie und dem Fachkräftemangel. Hinzu kommen viele  
414 Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse in die Kinderbetreuung, aus der  
415 Ukraine und anderen Krisen- und Kriegsregionen der Welt. In NRW werden wir  
416 aus diesen Gründen den Anschluss für die Finanzierung des Sprach-Kita-  
417 Programms ab Sommer landesseitig über den Haushalt für 2023 sicherstellen.

- 418 • Jetzt ist die Zeit, um Kitas und soziale und Erziehungsberufe zu stärken.  
419 Dazu braucht es Fachkräfte in den Kitas, die sich voll auf ihre  
420 pädagogische Arbeit konzentrieren können und für die Kinder da sind. Darum  
421 werden wir das Alltagshelfer\*innenprogramm verlängern und wollen es weiter  
422 verstetigen.
  
- 423 • Wir starten eine gezielte Fachkräfteoffensive für die Sozial- und  
424 Erziehungsberufe, mit der alle Kinder gleichberechtigte Teilhabechancen  
425 erhalten.
  
- 426 • Krisen dürfen Kinderarmut nicht verstärken. Sie muss gerade jetzt in den  
427 Blick genommen werden. Mit einem zügigen Start zum Pakt gegen Kinderarmut  
428 sorgen wir genau dafür.
  
- 429 • Kinder und Jugendliche dürfen nicht wieder zu Leidtragenden der Krise  
430 werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der von der Energiekommission  
431 vorgeschlagene Hilfsfonds für Sozialdienste auch die soziale Infrastruktur  
432 für Kinder und Jugendliche umfasst. Darüber hinaus trägt auch das Land  
433 eine Mitverantwortung dafür, dass Kitas, (Berufs-)Schulen und  
434 Universitäten offen und warm bleiben. Gerade in Zeiten multipler Krisen  
435 brauchen Kinder und Familien verlässliche Strukturen.
  
- 436 • Überschuldung schafft Existenzangst und lähmt Betroffene. Deshalb ist es  
437 wichtig, dass wir die Schuldner- und Insolvenzberatung in unserem Land  
438 stärken und die Zugangsberechtigung weiter ausbauen. Ebenso setzen wir  
439 uns für die Stärkung der Verbraucherzentralen ein.

#### 440 **Starke soziale Strukturen schaffen**

441 Klar ist: Die Entlastungspakete können nicht alle Belastungen dauerhaft  
442 auffangen. Klar ist auch: Armut war bereits vor dem russischen Angriffskrieg auf  
443 die Ukraine ein strukturelles Problem in NRW. Unsere Aufgabe muss viel mehr  
444 sein, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen – auch über den Krisenmodus hinaus.  
445 Gerade in Krisenzeiten, aber nicht nur, kommt es daher auf ein starkes soziales  
446 Sicherungsnetz und eine starke soziale Infrastruktur an. Wer hier spart, spart  
447 am Fundament unserer Gesellschaft. Das lassen wir nicht zu. Armut ist  
448 vielschichtig und oft auf den ersten Blick unsichtbar. Für uns gehört zur  
449 Armutsbekämpfung die Sicherstellung der selbstbestimmten Teilhabe in allen  
450 Lebensbereichen.

451 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW setzen sich daher für folgende Maßnahmen ein:

- 452 • Der vom Bund aufgelegte Hilfsfonds muss auch die soziale Infrastruktur  
453 umfassend schützen.

- 454 • Nicht nur in den Sozial- und Erziehungsberufen, auch den Fach- und  
455 Arbeitskräftemangel in der Pflege, im Handwerk und in den Schulen gehen  
456 wir entschieden an. Dafür setzen wir uns auch für bessere Ausbildungs- und  
457 Arbeitsbedingungen ein.
- 458 • Frauen sind in ihrer Erwerbstätigkeit besonderen Schwierigkeiten  
459 ausgesetzt; sie unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit, um Familie zu gründen  
460 oder Angehörige zu pflegen, haben ein geringeres durchschnittliches  
461 Einkommen, sind öfter in Teilzeitarbeit oder im Niedriglohnssektor  
462 beschäftigt. Dadurch haben viele Frauen geringere Rentenansprüche und  
463 Altersarmut betrifft sie in hohem Maße. Wir stehen für eine bessere  
464 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, die sowohl einen entscheidenden  
465 Beitrag zur eigenständigen finanziellen Absicherung und Gleichberechtigung  
466 von insbesondere von Frauen, als auch dem Haushaltseinkommen insgesamt  
467 leistet.
- 468 • Die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen bleibt ein dringendes  
469 Handlungsfeld. Wir fordern die ortsnahe und behördenunabhängigen  
470 Arbeitslosenberatungen zu stärken und in den Kommunen durch Passiv-Aktiv-  
471 Transfer geförderte Arbeitsplätze zu schaffen.
- 472 • Starke soziale Strukturen müssen erreichbar sein, egal wo man wohnt und  
473 was man verdient. Zusätzlich zum 49-Euro-Ticket, und einer günstigeren  
474 Alternativen pochen wir daher auf den Ausbau des ÖPNV. Ohne eine deutliche  
475 Erhöhung der Regionalisierungsmittel, die der Bund den Ländern jährlich  
476 zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs zur Verfügung stellt,  
477 droht ein Ausdünnen dieses Angebots. Deshalb bestehen wir auf einer  
478 deutlichen und angemessenen Erhöhung der Regionalisierungsmittel des  
479 Bundes, um den Ausbau des ÖPNV zu ermöglichen.
- 480 • Wohnen ist ein Grundrecht und Teil der Daseinsvorsorge. Wir müssen mit  
481 allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten den öffentlichen und  
482 genossenschaftlichen Wohnungsbau stärker fördern, z.B. mit der  
483 Mietpreisbremse für mehr dauerhaft bezahlbaren Wohnraum sorgen,  
484 Mieter\*innenschutz ausbauen und den unkontrollierten Anstieg der  
485 Mietpreise stoppen.
- 486 • Wir werden Wohnungslosigkeit entschieden bekämpfen und wollen  
487 Obdachlosigkeit bis 2030 überwinden. Dafür entwickeln wir einen  
488 landesweiten Aktionsplan, der Zwangsräumungen mit allen Mitteln  
489 verhindert, flächendeckend Housing-First-Programme ermöglicht,  
490 Vermittlungsinitiativen in neue Mietverhältnisse unterstützt und die  
491 Kommunen beim Aufkauf notwendiger Kontingente bei Bestandswohnungen  
492 unterstützt.

- 493 • Wir wollen lebenswerte Quartiere in unserem Land schaffen und  
494 weiterentwickeln, denn sie sind ein Schlüssel für selbstbestimmtes Wohnen,  
495 soziale Teilhabe und den Zusammenhalt vor Ort. Wir forcieren dabei  
496 altersgerechte und barrierefreie städtebauliche Maßnahmen, die Angebote  
497 der sozialen Infrastruktur, Soziale Arbeit und die Interessen der  
498 Bewohner\*innen in Quartierbüros und mit hauptamtlichen  
499 Quartiersmanager\*innen unterstützen.
- 500 • Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss für alle hier lebenden Menschen  
501 abgesichert sein, unabhängig von Meldestatus und Staatsbürgerschaft und  
502 dabei sowohl den Bedürfnissen ländlicher, als auch urbaner Räume Rechnung  
503 tragen. Wir wollen mit Gesundheitszentren und Community Health Nurses eine  
504 Gesundheitsversorgung schaffen, die nah bei den Menschen ist.
- 505 • In diesem Zusammenhang begrüßen wir es sehr, dass durch den Tarifvertrag-  
506 Entlastung die Beschäftigten der Unikliniken des Landes eine deutliche  
507 Verbesserung ihrer Verhältnisse erzielt und damit einen Schritt zu einer  
508 besseren Gesundheitsvorsorge erreichen konnten. Dies wurde durch einen  
509 wirksamen Arbeitskampf, sowie durch die Änderung des Hochschulgesetzes  
510 durch Schwarz-Grün möglich. Wir begrüßen darüber hinaus, dass die  
511 Landesregierung klar gemacht hat, dass sie die Refinanzierung der  
512 möglichen Mehrkosten durch den neuen Tarifvertrag in Höhe von 60 Millionen  
513 Euro absichert.

#### 514 **Gemeinsam aus der Krise**

515 Das Land befindet sich inmitten schwieriger Zeiten. Die Bürger\*innen erwarten  
516 von uns Lösungen auf die gegenwärtigen Krisen. Soziale Sicherheit und soziale  
517 Gerechtigkeit sind für den gesellschaftlichen Frieden unverzichtbar. Aus der  
518 Energiekrise darf keine soziale Krise werden, die Spaltung und Polarisierung mit  
519 sich bringt. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, benötigen wir eine  
520 gemeinsame und zielgerichtete Kraftanstrengung auf Bundes-, Landes- und  
521 kommunaler Ebene. An vielen Stellen bedarf es einer Neujustierung unseres  
522 Sozialstaates, bei dem wir diesen an die Herausforderungen aus dem Hier und  
523 Jetzt stetig anpassen. Die Gleichzeitigkeit der Krisen und Putins  
524 Erpressungsversuche werden uns weder spalten noch auf die Knie zwingen. Mit  
525 Energiesouveränität und sozialer Politik gehen wir gestärkt und gemeinsam aus  
526 der Krise.